

Seine und Noth's kompromittierte Fortschrittlichkeit. Alles schon und gut! Aber ein älterer Genosse entlied sich, daß gerade in diesem Wahlkreis 13 Jahre zuvor der Vorsitzende der Organisation abgesetzt worden sei, weil er zu behaupten gewagt habe, daß Eduard Bernstein (damals ein revisionistisches Scheusal) ein unfähiger und ebensolcher Mensch sei. So reich möglich Stimmungen, und man sollte deshalb nicht noch ihnen über Parteigenossen urteilen. Die Sozialdemokratie hat Raum für viel Blaustrich und viel Besonnenheit. Für die Aufstellung der Kandidaten kommt es darauf an, daß man für die parlamentarische Arbeit tüchtige und zuverlässig erprobte Männer und Frauen findet; nicht auf die Punkte der Stellungnahme zu irgendeiner politischen Tagesfrage, die morgen vielleicht längst überholt ist.

Eine Erklärung des Obersten Rates

Paris, 26. April. In der im Anhang an die Konferenz von San Remo veröffentlichten Erklärung ist betont, daß die deutsche Forderung nach Unterhaltung eines Heeres von 200 000 Mann nicht berücksichtigt werden könne, solange Deutschland die wichtigsten Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht erfüllt. Deutschland wird vorerwähnt, weder sein Kriegsmaterial zerstört, noch die Eisenbahnen herabgesetzt, noch die Kohlenlieferungen noch die Wiedergutmachungen erfüllt, noch die Kosten für das Verlegungsheer geleistet zu haben. Deutschland habe auch bisher keinerlei Vorschläge wegen des Gehaltsbetrages seiner Wiedergutmachung gemacht.

Die Alliierten erklären, die Schwierigkeiten der deutschen Regierung nicht zu verkennen und keine allzu engherzige Auslegung des Friedensvertrages aufzuweisen, betonen aber die Notwendigkeit, die fortgeschrittenen Uebertretungen des Versailler Vertrages, der durchgesetzt werden müsse und die Grundlagen der Beziehungen Deutschlands zu den Alliierten bilde, nicht zu dulden. Die Alliierten seien entschlossen, alle Maßnahmen zur Sicherstellung der Ausführung des Friedensvertrages zu ergreifen und, wenn notwendig, auch zur Belegung eines neuen Teiles des deutschen Gebietes zu schreiten, verhindern dabei aber ausdrücklich, daß sie nicht die Absicht hätten, irgendein Teil des deutschen Gebietes zu annektieren. In der Annahme, daß die zur sicheren Ausführung des Friedensvertrages notwendigen Maßnahmen leichter durch einen mündlichen Reinigungsaustrausch erledigt werden könnten, hätten die alliierten Regierungen die Teilnahme der deutschen Regierungschefs an einer direkten Konferenz beschlossen, der alle präzisierten Erklärungen und Vorschläge unterbreitet werden müssen. Nach befriedigender Regelung dieser Frage würden die alliierten Regierungen bereit sein, mit den deutschen Vertretern alle übrigen Fragen zu besprechen, die sich auf die innere Ordnung und das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands beziehen.

Paris, 26. April. Nach einer Bekanntmachung aus San Remo hat der Oberste Rat in seiner gestrigen Sitzung endgültig die gemeinsame Erklärung gebilligt. Die Annahme des Textes hat Gelegenheit zu einer bedeutenden Diskussion gegeben. Rittig hat sich gegen militärische Maßnahmen ausgesprochen. Lloyd George und Villarand hätten ihm die Notwendigkeit dieser Eventualität betonen. Der japanische Vizekonsul Matsui und Quysmans im Namen Belgiens hätten sich dem französischen englischen Standpunkte angeschlossen, der schließlich gegestigt habe.

Konferenz mit Deutschland in Spa

Paris, 26. April. Nach einer Meldung des Temps wird die deutsche Regierung eingeladen werden, den Reichsminister oder einen anderen Vertreter zu einer Konferenz mit den alliierten Ministerpräsidenten nach Spa zu entsenden. Die Zusammenkunft soll am 25. Mai stattfinden.

Die Einladung nach Spa ist, wie das Berl. Tageblatt schreibt, das erste deutliche Zeichen einer Wandlung, einer Abkehr von der militäristischen Pariser Politik, die bisher vorherrschend war. — Der Vormarsch meint: Daß es endlich zu einer solchen persönlichen Aussprache kommen wird, bedeutet eine Etappe auf dem Wege zur Wiederherstellung eines wirklichen Friedenszustandes in Europa.

Alldeutsche Bolschewistenphantasien

Sensationschwindel der Deutschen Zeitung

In sensationeller Aufmachung bringt die Deutsche Zeitung Nachrichten von einem angeblich unmittelbaren bevorstehenden kommunistischen Aufstand, der die Eroberung Mitteldeutschlands und Thüringens bezweckt. Irigendwelche Quellen für diese Mitteilungen, in denen auch ein großes kommunistisches Heer von 40 000 Mann lauft, werden nicht angegeben. Damit es dem Leser recht klar über den Rücken läuft, wird auch etwas von einer „schwarzen Hand“ erzählt, die unter der Führung von Eichhorn, Geier und Weg stehen soll. Nach dieser ganzen Zurückweisung erkennt man hinter der Sensationsmeldung ohne Zweifel die bekannten wichtigstuerischen und aufschneiderischen Spitzelberichte.

Wie der Vortritt von Zuständigster Seite erzählt, hält man an omittlichen Stellen und namentlich auch im Reichswehrministerium die Behauptungen der Deutschen Zeitung zum mindesten für maßlos übertrieben. Man müsse wohl auf Mitteldeutschland, wo ja immer einige Unruhigen seien, ein wachames Auge haben, aber die Aufschneider der deutschen Zeitung tragen zu deutlich den Stempel der Wahlmache, als daß man ihnen irgendwelches Gewicht beimessen könnte.

Auch wir leben in der Erwartung des alldeutschen Mattes nicht weiter als das Gekläre des davonlaufenden Verbreiters, der „Gott den Dieb!“ ruft.

Galle, 27. April. (Sigue Drahtmeldung.) Die Gerüchte über einen neuen Aufbruch beunruhigen alle Kreise der Stadt Halle. Es wird erzählt, daß die bewaffneten Arbeiter Mitte des Monats April oder spätestens am 1. Mai gegen die Garnison, die Regierung und die Beamten zu Felde ziehen. Nach dem letzten Generalstreik sei in Halle und in den umliegenden Städten fast gar keine Waffe abgegeben worden. Das Militär soll bedeutend verstärkt worden sein. Man hört viel von Trübungen, daß die Leunawerke, die buchhändlerischen Werke, bei Verfehlung in die Luft gesprengt werden sollen. Bei einer Besprechung zwischen dem Oberst Helmann in Verfehlung und Vertretern der Stadt und des Kreises Merseburg hat Daniel, der Vorsitzende des Betriebsrates, erklärt, er könne nicht dafür garantieren, daß einer der

wirtschaftlichen Werke Verfehlung in die Luft fliegen. Die politischen Kreise meinen den Gerüchten nicht allzu große Bedeutung bei.

Gefahr im Verzuge

In immer drückender wird die herrschende Wohnungsnot. Trotzdem besteht die Gefahr, daß in diesem, vielleicht auch im nächsten Jahre so gut wie gar nichts geschieht, um der Wohnungsnot durch Neubau von Wohnungen zu steuern. Im vorigen Jahre wurden von Reich, Staat und Gemeinde Baukostenzuschüsse gezahlt, durch die die Nebenkosten des Bauens gegenüber der Friedenszeit annähernd gedeckt wurden. In daß es möglich ist, eine im vorigen Jahre gebaute Wohnung zu ungefähr demselben Preise zu vermieten wie eine Wohnung, die schon vor dem Kriege gebaut war. In diesem Jahre ist für Baukostenzuschüsse vom Reich nur ein sechster Teil pro Quadratmeter festgelegt worden. Da die Baukosten seit dem vorigen Jahre ganz ungeheuer gestiegen sind, reichen die vom Reich vorgeliehenen Sätze nicht entfernt dazu aus, um den Neubauplan an Hausfällen zu decken.

Eine kleine Wohnung, die nur mit Hilfe der jetzt festgesetzten Baukostenzuschüsse gebaut ist, würde mindestens vier- oder fünfmal so viel Werte erfordern, wie für eine derartige Wohnung jetzt gezahlt wird. Abgesehen von Vergarbeitswohnungen, für die die Zulassung besser geregelt ist, dürften in diesem Jahre fast keine Wohnungen gebaut werden, wenn die Regelung der Baukostenzuschüsse so bleibt, wie sie ist. Das würde bedeuten, daß das Baugeschäft fast vollständig zum Stillstand gekommen ist und daß der größte Teil der Bauarbeiter auch nicht die geringste Aussicht hat, in diesem Jahre Beschäftigung zu finden.

In der letzten Stunde scheint die Regierung erkannt zu haben, welche große Gefahren bei der jetzigen Regelung der Baukostenzuschüsse unter Wirtschaftskrise erwachsen, und sie hat der Nationalversammlung einen Entwurf vorgelegt, der die Erhebung einer Steuer auf die von früherher vorhandenen Wohnungen vorsieht, mit dessen Hilfe die Baukostenzuschüsse gedeckt werden sollen.

Nach dem Entwurf sollte die Steuer 15 Prozent des Kuponswertes der Häuser betragen und von den Gemeinden erhoben werden. Der Ausschuh der Nationalversammlung hat beschlossen, die Steuer auf 10 Prozent herabzusetzen und den Ländern die Erhebung zu übertragen. Die Steuer bringt natürlich eine in dieser Zeit der Not sehr empfindliche Mehrbelastung der Bevölkerung, aber wenn die Bautätigkeit so vollkommen baneiederliegt, wie das sonst zu befürchten ist, werden wir sicher noch viel mehr geschädigt; einmal dadurch, daß wir große Summen an Arbeitslosenunterstützung für die Angehörigen des Baugeschäftes zu bezahlen haben, die schließlich auch aus den Taschen der Bevölkerung fließen, und außerdem besteht die Gefahr, daß die Schranken, die jetzt ein Emporkommen der Mieten verhindern sollen, sich noch weniger wirksam erweisen, als das bisher der Fall ist.

Man muß dringend wünschen, daß die Nationalversammlung den vorliegenden Gesetzentwurf unter allen Umständen noch erledigt, ehe sie auseinandergeht. Auch wenn der vorliegende Gesetzentwurf noch rechtzeitig zustande kommt, wird es nicht möglich sein, allüberall Wohnungen zu errichten, denn der Bau einer Wohnung, der früher 5000 bis 6000 M. erforderte, kostet heute 80 000 bis 100 000 M. Aber es würde schon viel zur Beruhigung der schwer unter der Wohnungsnot leidenden Bevölkerung beitragen, wenn sie sähe, daß überhaupt etwas gebaut wird, und es wäre doch zu sinnlos, wenn wir viele tausende Bauarbeiter beschäftigungslos liegen, während auf der andern Seite die Wohnungsnot aufs höchste gestiegen ist.

Kommunistenterror

Wien, 27. April. Die Unterdrückung über die Brandlegung der Badener Patronenfabrik hat ergeben, daß es sich hier um einen Terrorakt schamloser Art handelt. Die kommunistischen Arbeiter von Neunkirchen haben nämlich diesen Brand gelegt, um damit gegen die sieben Verbotsstellen, die auf das Einschreiten der Schweizer Regierung hin erfolgt, zu demonstrieren. Sie ließen ferner der Regierung wissen, daß für den Fall, daß die Unterdrückung nicht sofort erfolgen sollte, sechs weitere große Industrieelektre in der Umgebung von Baden in die Luft gesprengt würden. Der Staatspräsident Schoenfelder Dr. Krenner und Unterrichtsminister Dr. Ellenbogen lebten es ab, hierfür die Verantwortung zu tragen und erklärten, zurückzutreten, wenn die Unterdrückung der 7 Arbeiter nicht erfolgen würde. Es wurde eine dahingehende Vereinbarung mit den Christlich-Sozialen getroffen und darauf erfolgte tatsächlich die Entloftung.

Polen rüstet

Berlin, 27. April. Gestern sollte nach den Ankündigungen die polnische Versuchsbatterie beendet sein. In amtlicher Berliner Stelle lag aber keine Meldung über eine Wiederherstellung des Verkehrs vor. Dafür fanden im Zusammenhang mit den Meldungen aus Lódieschen Gerüchten Verbreitung, daß in Polen militärische Vorbereitungen getroffen wurden.

Die Wiener Parliamentskorrespondenz bestätigt die mehrfach aufgetauchte Meldung, daß mit englischer Hilfe täglich große Mengen Munition aus der Waffenfabrik Steyr und der Munitionsfabrik Billersdorf nach Ungarn geliefert und von dort durch Vermittlung des Großindustriellen Weiß teilweise an Polen abgegeben werden. Die Vorgänge sollen, wie die Korrespondenz von unterrichteter Seite erzählt, das Vorbild zu einem Bündnis zwischen Ungarn und Polen bilden, zwecks Wiederergewinnung der Slowakei und Deutschwestungarns durch Ungarn und Sicherstellung über die russischen für Polen. Für spätere Zeit wird in südbrennen ungarischen und polnischen Kreisen an eine Vereinigung zwischen Ungarn und Polen unter den Habsburgern gedacht.

Die Parteien in der Tschechoslowakei

Prag, 26. April. Von den 300 Mandaten des Abgeordnetenhauses besitzen a) die tschechischen Parteien: Sozialdemokraten 74, Republikanische Partei des káchen Landes 28, Sozialisten 24, Volkspartei 23, Sozialdemokratische National- und Bauernpartei 12, Nationaldemokraten in Verbindung mit der agrarischen Opposition 19, Gewerbedarsteller, Rodracische Partei; b) die deutschen Parteien: Sozialdemokraten 31, Bund der Landwirte 11, Christlichsoziale Partei 10, Deutsche Wohlfahrtspartei 15, Sozialdemokratische Freiheitspartei 8; c) die magyarischen Parteien: Deutsch-christlichsoziale Partei 5, Magyarische deutsche Sozialdemokratie 4, Magyarische Agrarier 1. Somit entfallen auf die tschechischen Parteien 199 Mandate, auf die deutschen Parteien 72 Mandate und auf die magyarischen Parteien 10 Mandate.

Italien verhandelt mit Sowjetrußland

Amsterdam, 26. April. Englischen Blättern wird aus Moskau berichtet, daß ein italienischer Kreuzer in Noworossiok eingetroffen ist. Der Kapitán des Kreuzers benachrichtigte die Sowjetbehörden, daß er von dem italienischen Präsidenten ermächtigt worden sei, vorläufige Verhandlungen über die Anknüpfung amtlicher Beziehungen zwischen Italien und Sowjetrußland zu beginnen. Telegramm meldet aus San Remo: Der Vertreter der Sowjetregierung in San Remo, Ingenieur Todoroff, der aus Kopenhagen eingetroffen ist, hatte bereits verschiedene lange Unterredungen mit Ritti.

Die Versorgungspolitik der Regierung

Von unterrichteter Seite wird dem V. v. R. geschrieben: Der Beschluß des Abkommens über die Einfuhr von Lebensmitteln von 24 Milliarden Mark aus Amerika ist ein bedeutender Schritt zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes, der aber nicht losläßt von der gesamten Einfuhrpolitik der Regierung betrachtet werden darf. Dieses Abkommen hat infolge der Verhandlungsergebnisse durch den Kapp-Strich und die darauffolgenden Ursachen längere Zeit in Anspruch genommen. Es ging aus und wurde abgeschlossen vom Reichswirtschaftsminister seinen Ausschuh zur Aus- und Einfuhrverordnungen mit amerikanischen Vorkäufen die Verhandlungen geführt hat. Zu dem Lebensmittelabkommen mit Amerika gefügt ist jetzt der Beschluß über den Vorkaufkredit von 25 Millionen Gulden, der Holland zur Zurückhaltung der Ernährung im Substrat gerechnet wird. Schließlich ist noch zu bemerken, daß die großen Verträge, die neben diesen Kreditabkommen gegen sofortige Bezahlung getätigt wurden und sich auf weitere 54 Milliarden Mark belaufen, zusammen die Sicherstellung der Ernährung für das laufende Wirtschaftsjahr bedeuten. In der Finanzierung dieser Vorgänge haben insbesondere die Reichsbank und die Reichsrentkassensammlungen gewichtige Leistungen erbracht. Die Auszahlung dieser Geldhilfe geht auf den Anfang Februar zurück und erfolgt vor allem unter dem Gesichtspunkte, die Ernährungsfrage zu helfen und gleichzeitig nach Abschluß der Lebensmittelbeschaffung dort für die Beschaffung industrieller Rohstoffe zu belohnen. Die Einfuhrerleichterungen nicht überhauf abgeklärten werden, in die man vermehren, daß Deutschland mit seinem enormen Bedarf zu seinem eigenen Ungunsten die Preise hochtrieb. Zunächst ist es demnach gelungen, die günstigen Momente für den Abschluß in westlicher Weise auszunutzen und den dringenden Bedarf — nur um diesen kann es sich bei den gegenwärtigen Lebensmittelpreisen handeln — so einzudecken, daß vor für die nächsten Monate von den Schwankungen der Futuro und der Weltmarktpreise auf dem Lebensmittelmarkt in bedeutend geringerem Maße abhängig sind als je. Selbstverständlich werden, wenn die Möglichkeit auf die Ernährungslage es erfordert, auch weitere Einfuhren getätigt werden, jedoch nur unter günstigen Bedingungen. Sollte es gelingen, auch weiterhin bei der Beschaffung genügend Zahlungsmittel bereitzustellen, so wird sich die Wirtschaftstätigkeit mehr den industriellen Rohstoffen auszuwenden haben, der unsere Industrie sowohl zur Forderung des industriellen Bedarfs wie zur Förderung der Veredelungsindustrie und damit des Exports bedarf.

General v. Watter zurückgetreten

General v. Watter, Feldmarschall der Wehrkreise VI in München, ist auf seinen Antrag von seiner Dienststellung entlassen worden.

Am Zusammenhange mit diesem Ereignis, daß nicht ganz unerwartet eingetreten ist, verbunden die Ausführungen bedient zu werden, die das Zentrum der Zeitl. über das Verhalten des Reichsbundes nachtschlag macht. Das Volk gibt an, die Unterlegen davon absolut unerwartet sein zu haben. Zunächst wird wohl geteilt, der in Watter gefasste Hauptmann Gallender, Astretumsführer im Korps Reichsflag, habe sofort nach seiner Ankunft in Watter dem dortigen Bürgermeister erklärt, er und seine Truppe würden auf dem Boden der Regierung Konstitution. Es folgen dann Proteste, die am 16. und 17. März im Rathaus in Wager „ohne jeden Zwang, von juristischer Seite mit gelangen Mannschaften des Reichsbundes aufgenommen worden sind. Darauf geht hervor, daß die Offiziere im wesentlichen den Standpunkt einnahmen, zwischen der beiden Regierungen müße die Wahlfrage entscheiden; daß die Offiziere vielfach eine monarchistische Meinung beizubehalten, und daß häufig der Gesichtspunkt geltend gemacht wurde, nach dem Sturz der alten Regierung müßte Löhnung und Verpflegung besser werden. Erbaut wurde eine Verhandlung, in der ein Schlichter gelangt sich weigert, für die Regierung zurückzutreten und für die neue Ordnung aufzutreten, woraus sich dann ein Infanterie wegen Schadensvermeidung ergibt. Außerdem wird auf eine eithliche Vernehmung des 22-jährigen Leutnants Herbig Bezug genommen, der als politischer Terroranschlag bei Schlags in Ulma Propaganda für einen monarchischen Sturz machte.

Es wird noch darauf hingewiesen, daß Reichsminister Geyerling in München und auch in Wallefeld sich nicht an es sei nicht möglich gewesen, den General v. Watter zu einer klaren Stellungnahme zu bringen. Er habe erklärt, er sei kein Unterführer sein und unüberwindlich, und er müße sie erst für die alte Regierung zurücklassen. Nach am Montag, dem 18. März, um 11.30 Uhr, habe General v. Watter durch Vermittlung des General v. Würmlich erklärt lassen: „Habe mich nach der alten Regierung losgesagt, kann mich aber wegen Volksstimme nicht auf den Boden der neuen Regierung stellen.“

Die Milliardengewinne der Reichsgetreidestelle

In einem Teil der künftigen Presse, u. a. auch in der Dresdener Neuesten Nachrichten, wurde eine Note über die Veranlassung der landwirtschaftlichen Kammern in der Provinz Westfalen wiedergegeben, in der der Verfassende, der Geheimrat von Kitzinger, folgende Angaben machte: Es sind 3 000 Reichsgetreidestellen. Die Reichsgetreidestelle machte 1918/19 Millionen Mark Ueberschusse, ohne daß über den Rest dieser Millionen eine Auskunft zu erlangen sei. In dem Zusammenhang geht es um die Vertheilung der Reichsgetreidestelle eine Angabe von 250 M. pro Tonne zu entnehmen ist. Die Preise der Reichsgetreidestelle hängen von gewissen Gegenständen zu dem Preis, den die Bundesstaaten für ihr Getreide bezahlt werden. Auf einen Tonnenpreis von 425 M. für Roggen und 435 M. für Weizen wurde mehr als die Hälfte, nämlich 230 M. pro Tonne, ausgeschlagen. Zur bereitwilligen Mitteilungen soll zunächst der Grund angegeben werden, als ob die Regierung dem Volke unnahbar sei. Letztlich liegen aber die Dinge so, daß wir mit unserer einheimischen Getreide nicht auskommen, sondern große Mengen aus dem Ausland beziehen müssen. Der Preis des ausländischen Getreides ist sich aber bei dem gegenwärtigen Stand der Weizen um etwa 50 M. pro Tonne. Im nun das auf ausländisches Getreide bezogene Preis nicht zu sehr zu verteilen, ist ein großes Problem zwischen Inland und Auslandspreis gelöst. Das aus ausländischem Getreide bezogene Getreide wird durch den Preisverlust, als das zur Forderung der Inlandischen Getreidepreise notwendig ist, dafür wird aber ein gewisses auf ausländischem Getreide bezogenes Getreide ein gewisses höherer Preis genommen, als das den Preis des ausländischen Getreides entspricht. Was bei dem Preis auf ausländisches Getreide genommen wird, wird bei dem Preis auf einheimisches Getreide getätigt. Das Reich legt außerdem noch einen Milliarden zu. Die Millionen, die über die angeführten Milliarden der Reichsgetreidestelle gemacht werden, sind ein Beispiel dafür, wie sich den größten Einkünften 80% des 19